

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplatz 15195-97
Expedition Moriaplatz 11753-54

Mittwoch, den 2. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moriaplatz 11753-54

Rücktritt der preussischen Regierung.

Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat gestern, 2 Uhr nachmittags, dem Ministerpräsidenten Stegerwald folgenden Beschluß übermittelt:

Nach der veränderten politischen Lage erscheint uns die Zwei-Parteien-Regierung nicht länger haltbar. Die bisherigen Versuche, zu einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu gelangen, müssen wir als gescheitert betrachten. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten unsere Minister aus der jetzigen Regierung aus.

Auf Grund dieser Nachricht hat der Ministerpräsident Stegerwald auf 4 Uhr nachmittags das preussische Kabinett versammelt. Dieses hat einstimmig den Rücktritt des Kabinetts beschlossen.

Berlin, 1. November. Der amtliche Preussische Pressedienst meldet dazu: Das Preussische Staatsministerium hat dem Präsidenten des Landtags seinen Rücktritt angezeigt. Das Staatsministerium ist zu diesem Entschluß gelangt, nachdem alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, durch Umbildung des Kabinetts eine neue Regierung zu schaffen, die sich auf möglichst weite Kreise des preussischen Volkes stützt, fehlgeschlagen sind. In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Anforderungen, die die nächste Zukunft an die Staatsleitung stellen wird, und geleitet von dem Wunsche, stetige und gesicherte Regierungsverhältnisse in Preußen zu schaffen, will das Staatsministerium dem Landtag die völlige Bewegungsfreiheit zurückgeben.

Die Preußenkrise.

Das preussische Staatsministerium hat dem Präsidenten des Landtages seinen Rücktritt angezeigt. Mit diesem Entschluß hat das Kabinett Stegerwald nach knapp halbjährigem Bestehen sich selbst ein Ende bereitet. Man kann nicht gut sagen, daß durch seinen Rücktritt in Preußen von neuem eine Regierungskrise entstanden ist, denn dieses merkwürdige, offiziell nur von zwei Mittelparteien mit einem Viertel der Abgeordnetenziffer getragene Gebilde war in der ganzen Zeit seines Bestehens nur die Verschleierung einer tatsächlich ungelösten Krise.

Das Kabinett Stegerwald tauchte auf, als nach den preussischen Landtagswahlen vom 20. Februar d. J. das Zentrum und die Demokraten die bisherige Mittelkoalition, die zwei Jahre lang in Preußen regiert hatte, kündigten. Eine sachliche Notwendigkeit hierzu lag nicht vor, denn die alte Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten war zwar geschwächt, aber nicht geschlagen aus den Wahlen hervorgegangen. Sie verfügte noch immer über eine Mehrheit und besaß außerdem durch ihre Mittelstellung gute Anlehnungsmöglichkeiten. Aber damals regierte im Reich noch das Kabinett Fehrenbach-Simons aus Volksparteilern, Zentrum und Demokraten, und im Interesse der vielberufenen „Homogenität“ verlangten die bürgerlichen Mittelparteien eine Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei auch zur preussischen Regierungsbildung. Die Sozialdemokratie lehnte diese Forderung entschieden ab sowohl aus prinzipiellen Gründen wie unter Berufung auf das Wahlergebnis.

Aus der langwierigen Regierungskrise entstand schließlich das Kabinett Stegerwald. Wie so oft taten die Mittelparteien das Gegenteil von dem, was sie als ihr Ziel nach außen hinstellten: unter Ruhen nach der Koalition auf möglichst breiter Grundlage schufen sie ein Kabinett, das auf der denkbar schmalsten parlamentarischen Grundlage stand, auf der Zentrumsfraktion mit 84 und der Deutschdemokratischen Fraktion mit 26, also insgesamt 110 von 428 Abgeordneten.

Freilich zeigte schon die Entstehung dieses Ministeriums, daß es im Geiste etwas anderes war als eine Regierung der beiden Mittelparteien. In Preußen wird der Ministerpräsident vom Landtag gewählt. Bei der ersten Wahl stimmten infolge irriger Voraussetzungen (der Streit um den Wortbruch soll hier nicht wieder aufgerührt werden) auch die Sozialdemokraten für Stegerwald. Bei der zweiten entscheidenden Wahl aber wurde Stegerwald mit den Stimmen der bürgerlichen Mittelparteien und der beiden Rechtsparteien zum Ministerpräsidenten gewählt. Diese Unterstützung von rechts hat denn auch das Ministerium sechs Monate lang am Leben erhalten, ohne sie wären seine Tage noch viel rascher gezählt gewesen. Die Brücken nach rechts waren geschlagen durch drei „unpolitische“ Beamtenminister, den Finanzminister Samisch, den Landwirtschaftsminister Warmbold und den Kultusminister Dr. Becker. Aus den politischen Parteien waren nur vier Minister hervorgegangen, der Ministerpräsident und Wohlfahrtsminister Stegerwald sowie der Justizminister Am Zehnhoff aus dem Zentrum, der Innenminister Dominicus und der Handelsminister Fischbeck aus der Demokratischen Partei.

Die Sozialdemokratie stand von Anfang an diesem Ministerium, das sich immer deutlicher als Exponent eines verfestigten Rechtsblocks herausstellte, in scharfer Opposition gegenüber. Um so liebevoller wurde es von den Deutschnationalen beschützt, und es ist noch wohl erinnerlich, wie die Rechtspresse den Angriff „Kettei Stegerwald!“ ausstieß, als das Ministerium zu stürzen drohte.

Stegerwald hatte sein Kabinett als „Übergangsministerium“ bezeichnet. Aber er verpaßte die Übergänge. Als im Mai infolge des Londoner Ultimatus im Reich die alte Koalition wieder entstand, wäre auch in Preußen der Zeitpunkt für ihre Wiederherstellung gekommen gewesen. Aber die bürgerlichen Mittelparteien hatten sich viel zu stark der Deutschen Volkspartei gegenüber engagiert, die Homogenität zwischen dem Reich und Preußen schien ihnen jetzt nicht mehr notwendig, als ihre Herstellung nicht mehr ihre geheimen Wünsche verwirklicht hätte. Stegerwald selber legte seine Bekehrung zum Rücktritt so aus, daß zuvor das neue Kabinett fix und fertig bestehen müsse. Würde dagegen sein Rücktritt eine Regierungskrise verursachen, so werde er um keinen Preis zurücktreten. Er bezeichnete sich als „Minister aus Trost“, aber diese starke Wort hat doch nicht gehindert, daß er jetzt unter genau den Umständen abtreten muß, die er vor fünf Monaten als Grund seines Bleibens im Amt bezeichnete. Damals freilich hätte er in besserer Form sein Amt niederlegen können als heute.

Es ist dies nicht der einzige Punkt, in dem Stegerwald haben müssen, daß die Verhältnisse stärker sind als sein eigensinniger Wille. Sein schwaches Kabinett wurde durch die oberschlesische Krise von neuem erschüttert. Er, der bis dahin den Sach verfochten hatte, daß eine Verbreiterung der Grundlagen seines Ministeriums nur gleichzeitig nach links

Drohung für den Putschfall.

Dem deutschen Botschafter in Paris wurde folgende Note der Botschafterkonferenz übermittelt:

Die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landesfremder Personen nach Oberschlesien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht, und deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gefährdet werden wird, wenn seine von außen heringetragene Aufregung die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzugehen.

Die Botschafterkonferenz glaubt, daß es die Pflicht Ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiete und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine ständige Ueberwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten. Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortungsbefähigt betrachten, wenn Anruhen in Oberschlesien von Seiten, die aus dem deutschen Gebiet kommen, gefördert würden.

Im Namen der Botschafterkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen. Genehmigen Sie usw.

Ob eine Note gleichlautenden Inhalts auch der Warschauer Regierung übermittelt worden ist, ist hier nicht bekannt.

Die Teilung der Arbeiterschaft.

Kattowitz, 1. November. (Zl.) „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiter-Zeitung) berechnet, wieviel sachkundige polnische Arbeiter in den Polen zuerkannten Teilen Oberschlesiens leben. Im Kreise Kattowitz beträgt die Zahl dieser Arbeiter 63 000; im Beuthener Kreise 52 135, im Königshäuser Kreise 17 583; im Hindenburg Kreise 8944; im Agnitzer Kreise 29 631; im Ratiborer Kreise 602; zusammen 189 532. Die Zahl dieser Arbeiter in den an Deutschland gefallen Teilen Oberschlesiens beträgt im Kreise Beuthen 20 600; Hindenburg 28 282; Tarnowitz 3290; Gleiwitz 10 027; Ratibor 989; Groß-Strehlitz 9821; Oppeln 728; zusammen 65 329.

Bestandaufnahme.

Kattowitz, 1. November. (Dena.) Eine ganze Anzahl Werke im oberschlesischen Industriegebiet haben von dem Wirtschaftsstab der Interalliierten Kommission, an dessen Spitze der Franzose Denis steht, den Auftrag erhalten, unverzüglich eine genaue Bestandaufnahme der Werke und Gruben nach dem Stande vom 20. Oktober einzuzureichen. Alle Maschinen und Einrichtungen müssen genauestens aufgeführt sein. Diese Bestandaufnahmen sollen als Unterlagen für die Uebergabe der Werke an Polen dienen.

Polnische Flaggen einziehen!

Agball, 1. November. (Dena.) Die R. hat angeordnet, daß die seit der Genfer Entscheidung allerorts wehenden polnischen Flaggen eingezogen werden.

Ernste Irlandkrise.

London, 1. November. (Zl.) Die Abendblätter melden, die irischen Verhandlungen hätten eine ernste Wendung genommen. Ein Abbruch sei jedoch bisher nicht erfolgt. Heute vormittag wurde eine Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead sowie auf irischer Seite Griffith und Collins teilnahmen. Eine weitere Sitzung des Ausschusses werde wahrscheinlich heute abend stattfinden. Nach der Zusammenkunft am Vormittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten. In Regierungskreisen wurde erklärt, daß die englisch-irischen Verhandlungen während der letzten 24 Stunden ein äußerst ernstes Stadium erreicht hätten, daß wichtige Mitteilungen zwischen den Sinnfein-Delegierten in London und de Valera gewechselt worden wären und daß de Valera den irischen Bevollmächtigten in London sehr genaue Weisungen erteilt habe. Wie weiter gemeldet wird, würden bei einem Abbruch der Verhandlungen Neuwahlen vorgenommen werden. Lloyd George soll alle Hoffnung, am nächsten Freitag nach Washington reisen zu können, ausgegeben und beschlossen haben, das Land nicht zu verlassen, wenn die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Irland nicht behoben sei.

Deutschland bewaffnet Sinnfein? Eine Beschuldigung Lloyd Georges.

London, 1. November. (Zl.) Reuter. In seiner Rede über die irische Konferenz hat Lloyd George über die Verlegungen des Waffenstillstandsvertrages durch die Sinnfeiner u. a. gesagt, der Beweis sei geliefert, daß Vorbereitungen getroffen wurden, um Waffen nach Irland zu verschiffen. Ein

Teil dieses Beweismaterials wies auf eine „Aktion“ der deutschen Regierung hin.

In demselben Augenblick habe Sinnfein versprochen, daß während des Waffenstillstands keine Waffen nach Irland abgeschickt würden. Wenn die Konferenz mißlinge, dann würde vielleicht das Unterhaus um die Genehmigung gefragt werden müssen, um die Streitkräfte der Krone in Irland bedeutend zu verstärken. Ein derartiger Guerillakrieg würde viel kosten, eine große Raubt erfordern und dürfte nur dann aufgenommen werden, falls kein anderer Weg mehr offen sei. „Ich hoffe sehr“, fuhr Lloyd George fort, „demnächst mitteilen zu können, daß die Konferenz erfolgreich gewesen ist. Es ist aber nicht unmöglich, daß das Gegenteil der Fall sein wird. England kann nicht dulden, daß Irland als fremder Staat England an seinen schwächsten Seiten bedroht und mit Englands Feinden gemeinsame Sache macht. Um das zu verhindern, darf kein Opfer für England zu groß sein. Aber erst muß England alle friedlichen Konzeptionen machen, welche das Reich nicht schwächen und seine Ehre nicht verletzen.“ Asquith und Henderson erklärten, daß ihre Parteien für die Regierung stimmen würden. Die Tagesordnung der Unionisten wurde mit 439 gegen 43 Stimmen verworfen.

Rüster und Abrüster.

Genf, 1. November. (Zl.) Der Rücktritt des französischen Admirals Baze als Mitglied der Rüstungskommission des Völkerbundes beschäftigt und zugleich wird gemeldet, daß das englische Mitglied derselben Kommission, Großadmiral Calthorpe, durch einen Kapitän zur See ersetzt worden ist.

Diese Personalveränderungen sind das Ergebnis eines Konfliktes im Völkerbund zwischen zwei rivalisierenden Körperschaften. Die eine ist die auf Grund des Art. 9 der Satzung eingerichtete ständige Rüstungskommission, die aus von den Regierungen ernannten Vertretern besteht, die diesen gegenüber verantwortlich sind. Die andere ist die auf Beschluß der ersten Völkerbundstagung eingesetzte gemischte Abrüstungskommission, die aus Persönlichkeiten des politischen, sozialen und Wirtschaftslebens zusammengesetzt ist. Die Mitglieder dieser Kommission sind nur dem Völkerbundrat, der sie ernannt hat, und nicht den Regierungen der Staaten, denen sie angehören, verantwortlich.

Schwierigkeiten entstanden, weil einige Mitglieder der Rüstungskommission der Abrüstungskommission angehören, und diese nach Ansicht ihrer militärischen Mitglieder ihre Kompetenz zu weit erstreckt hat.

Massenverhaftungen in der Ukraine.

Kopenhagen, 1. November. (Zl.) Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Das amtliche bolschewistische Blatt „Iswestija“ teilt mit, daß in der Ukraine fünf gegenrevolutionäre Organisationen entdeckt sind. Aus diesem Anlaß sind 475 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere frühere Minister der Regierung Petljura. In der 11. Sowjetdivision sind 53 Offiziere verhaftet und zu Strafarbeit verurteilt worden, unter der Anklage, unter den Soldaten antibolschewistische Propaganda getrieben zu haben.

Verhaftung staufischer Kommunisten. Aus Rönigsberg meldet Zl.: Bereits vor mehreren Tagen hatte die politische Abteilung des Polizeipräsidentiums Kenntnis davon erhalten, daß eine Anzahl litauischer Bolschewisten nach Rönigsberg kommen würde, um hier Versprechungen abzugeben. Am Sonnabend gelang es, zehn Männer, alle Litauer, festzunehmen. Außerdem wurde ein großer Stoß wichtigen Materials beschlagnahmt. Die zehn Verhafteten wurden in das Polizeigefängnis gebracht.

und rechts erfolgen könne, erklärte sich in seinem letzten Interview bereit, die Sozialdemokraten allein — wenigstens vorläufig — hereinzunehmen. Verhandlungen hierüber waren in den letzten Tagen im Gange. Sie sind gheschert an dem Widerstand der Demokraten, die zunächst an ihrem Innenminister Dominicus festhielten, dann aber ihre Minister gänzlich aus dem Kabinett Stegerwald mit folgender Motivierung abberiefen:

„Nach der veränderten politischen Lage erscheint uns die jetzige Zwei-Parteien-Regierung nicht länger haltbar. Die bisherigen Versuche, zu einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu gelangen, müssen wir leider als gescheitert betrachten. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten unsere Minister aus der jetzigen Regierung zurück.“

Dieser Beschluß der Demokraten ist dann der unmittelbare Anlaß für den Rücktritt des Gesamtkabinetts geworden. Was die Demokraten mit ihrem Verhalten beabsichtigen haben, darüber wird man erst volle Klarheit gewinnen, wenn die kommenden Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sie zwingen werden, ihre Karten aufzudecken. Nach dem Verhalten der Demokraten im Reich wird man allerdings in die Klarheit und Logik der demokratischen Politik nur sehr geringes Vertrauen setzen dürfen.

Auf jeden Fall ist aus der schleichenden Regierungskrise in Preußen wieder eine offene geworden. Der preussische Landtag weist folgende Zusammensetzung nach Fraktionen auf: Sozialdemokraten 114, Zentrum 84, Deutschnationale 75, Deutsche Volkspartei 58, Kommunisten 31 (darunter leht einige „Wilde“), Unabhängige 28, Deutsch-Demokraten 28, Deutsch-Hannoveraner 8, Wirtschaftspartei 4. Aus diesen Zahlen lassen sich theoretisch natürlich eine Menge Kombinationen bilden, praktisch gibt es nur eine, die sich ohne Schwierigkeiten und ohne die Herausforderung einer neuen wochenlangen Krise verwirklichen läßt: das ist die Wiederherstellung der alten Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Diese Koalition verfügt über 224 Sitze. Nebenbei wie im Reich dürfte sich für diese Koalition die wohlwollende Neutralität der Unabhängigen erzielen lassen, damit wäre sie bei der Wahl des Ministerpräsidenten und gegen die Zufälligkeiten sonstiger Abstimmungen voll gesichert.

Wohl die bürgerlichen Mittelparteien diesen einfachen und natürlichen Weg nicht gehen wollten, haben wir im Frühjahr eine wochenlange Krise gehabt. Der Ausweg, auf den man damals verfiel, das Kabinett Stegerwald, hat sich als ein Irrweg erwiesen. Nach diesem Ende dürfte wohl niemand mehr Lust haben, das Experiment zu wiederholen. Man steht in Preußen wieder da, wo man in diesem Frühjahr stand, nur um eine Erfahrung reicher. Die Sozialdemokratie hat das Kabinett Stegerwald nicht gestürzt — dieses ist in sich selbst gebrochen —, sie kann also in Ruhe warten, was geschieht. So wenig sie die Verantwortung für die Krise trägt, hat sie die Pflicht, die Initiative zu ihrer Lösung zu ergreifen. Natürlich wird sich die Sozialdemokratie grundsätzlich nicht verlagen, wenn man sie zur Mitarbeit ruft. Aber wer sie ruft, soll sich darüber klar sein, daß es für die Sozialdemokratie bei der Neubildung des Ministeriums nur ein Ziel geben kann: Daß im Preußen demokratisch und republikanisch regiert werde.

Der Preussische Landtag hatte sich am 21. Oktober auf Donnerstag, den 3. November, 1 Uhr, vertagt. Am 21. hatte Stegerwald seine Erklärung über Oberschlesien abgegeben, die durch den Lärm der Kommunisten überhört worden war. Die Besprechung dieser Erklärung sollte am Donnerstag erfolgen, nachdem der Landtag die sofortige Besprechung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt hatte. Da nun das Kabinett Stegerwald zurückgetreten ist, ist diese Tagesordnung zweifelhaft geworden. Ob die Wahl des neuen Ministerpräsidenten bereits am Donnerstag erfolgt, dürfte von dem Stande der inzwischen geführten Verhandlungen abhängen.

Der Ku Klux Klan.

Von Ethel Pague.

Der Ku Klux Klan, eine Art Geheimbund aus der Zeit nach dem Bürgerkrieg, ist in seiner moderatsten Form heute die vielbesprochene Erscheinung der besonderen amerikanischen Vereinsmeierei. Mehr als 20 Zeitungen haben jenseitliche Enthüllungen über diesen farnosen Geheimorden gebracht, und wenn das Tageslicht die Biederlichkeit und das Urtum der Heftigkeit ist, dann müßte der Ku Klux Klan von heute sich in Nichts auflösen. Aber er verfügt über einen Mitgliederbestand von 650.000, der in kompakter Dummheit noch allerhand Angriffen widerstehen dürfte, wenn nicht die gesetzliche Auflösung ihm drohte, die das Justizdepartement angedroht hat.

Recht verständlich wird der Ku Klux Klan erst, wenn man auf sein Vorbild zurückblickt, den im Jahre 1867 begründeten gleichnamigen Orden, dessen Mitglieder, hauptsächlich Soldaten der konföderierten Armee, die infolge der Regerebefreiung angeblich bedrohte Herrschaft der Weißen im Süden mit „magischen“ Mitteln aufrechtzuerhalten suchten; sie rechneten mit dem Aberglauben der Regere, patrouillierten nachts in weißen Mänteln und Kapuzen herum und lagten den Regere Schreden und Respekt ein. Ihre Zahl stieg auf über eine halbe Million, an ihrer Spitze stand ein früherer General der konföderierten Armee. Sie schufen ein sogenanntes „unsichtbares Reich“, dessen Ziel die Unterstützung der Witwen und Waisen von Konföderationskämpfern, die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Weißen und der Kampf gegen die republikanischen Politiker des nördlichen Nordens war. Dies „Reich“ arbeitete völlig im geheimen, und das hat seinen Sturz verursacht. Denn unter dem Deckmantel des Geheimen wurden Tausende von Verbrechen gegen Regere und Weiße verübt, worauf im Jahre 1871 der Kongress ein Gesetz annahm, das den Zusammenbruch des „unsichtbaren Reiches“ nach sich zog.

Einem William Joseph Simmons blieb es vorbehalten, dieses „Reich“ aus seinem fünfzigjährigen Schlummer erneut ins Leben zu rufen und sich mit einem Wochengehalt von 1000 Dollars als „kaiserlicher Zauberer“ an seine Spitze zu stellen. Die Zugehörigkeit zu dieser Neugeneration ist nur im Lande geborenen weißen amerikanischen Bürgern gestattet; ausgeschlossen sind Regere, Japaner und andere Völkern, Katholiken, Jugend und sämtliche im Ausland Geborenen. Seit der Neugründung im Jahre 1915 mit 34 Mitgliedern hat die Organisation einen Mitgliederbestand von ungefähr 650.000 bekommen. Diese starke Zunahme erfolgte vor allem in den letzten Jahren, seit sich der Klan der Dienste zweier berufsmäßiger Redamefahleute verschert hatte. Nach der „World“, die sich das Verdienst erworben hat, das Umwesen der neugegründeten Ku Klux Klan als Tageslicht gezogen zu haben, hat der Orden seine Tätigkeit, die in einer Zensurierung des Privatlebens hinter der mittelmäßigen Anonymität von Mäse und Mantel und in der Anwendung des schönen alten Brauchs des „Teerens und Federns“ besteht, auf alle Staaten mit Ausnahme von dreien ausgedehnt. Die „World“ schreibt: Die neuen Mitglieder werden nicht eingeführt, sondern „natürlich“ auf Grund einer Zeremonie, die sich dem christlichen Tauf-

Die FFP. hatten ein Wiederzustandkommen der alten Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten für wahrscheinlich, da nach den jüngsten Ereignissen im Reich ein Eintreten der Deutschen Volkspartei in die Regierung auch für Preußen nicht in Frage käme. Auf jeden Fall steht die Wahl des Ministerpräsidenten voraus, daß vorher eine Mehrheit sich über die zu wählende Person einigt. Es muß immer darauf hingewiesen werden, daß in Preußen ein Kabinett ganz anders zustandekommt als im Reich, wo der Reichspräsident den Reichskanzler ernannt. Im Reich kann der so ernannte Ministerpräsident nachträglich seine Koalition bilden oder auch, wie das jetzige Ministerium Wirth, ohne feste Koalition regieren. In Preußen dagegen bedingt die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag das vorherige Zustandekommen einer Koalition.

Demokratisches Mißvergnügen.

Zum Bremer Parteitag der Demokraten sind verschiedene Anträge eingegangen, die darauf schließen lassen, daß auch in demokratischen Kreisen die Begeisterung für die Volkspartei nicht allenthalben ungetrübt ist. So erwartet der Bezirksverband Limburg, daß die gegenwärtige Regierungskoalition in Preußen baldmöglichst eine Verbreiterung nach links erfährt und die Demokratisierung der preussischen Verwaltung in beschleunigter Weise fortgeführt wird.

Bielefeld beantragt, daß der Parteitag eine energisch ablehnende Stellung einnimmt gegenüber den erneuten Versuchen, unter dem Vorwande wirtschaftlicher Interessen eine gemeinsame Front des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie herzustellen, während demgegenüber die ausschlaggebende Bedeutung des Bekenntnisses zur republikanisch-demokratischen Staatsform für alle Parteibündnisse immer wieder betont werden muß.

In einem Antrag Ostpreußens heißt es: Der Parteitag fordert eine entschlossene Durchführung des demokratischen Grundgesetzes vom Aufstieg der Tüchtigen, insbesondere auch dadurch, daß in stärkerem Maße als bisher mittlere und untere Beamte in höhere Stellungen befördert werden; er fordert ferner eine Erziehung sämtlicher politischen Beamten, insbesondere auch sämtlicher Landräte, die nicht wirksam im Geiste der Republik und der Demokratie arbeiten, durch geeignete, unbedingt verfassungstreue Beamte; er fordert endlich und namentlich die sofortige rückwärtslose Reinigung der Ministerien von denjenigen Beamten, welche bisher einer ernsthaften Demokratisierung der Verwaltung hinderlich gewesen sind.

Solche Vorgehensweisen erwarten, daß auch das totale Verjagen der parlamentarischen und publizistischen Führung in der letzten Regierungskrise nicht ungerügt bleiben wird.

Wie ein Fluchtversuch aussieht.

Die Hallenser Geschworenen haben den Polizeiwachmeister Böhm, der den kommunistischen Amtsvorsteher Rosenhauer erschossen hat, wie bereits gemeldet, freigesprochen, weil ein „Fluchtversuch“ Rosenhauers vorgelegen habe.

Wie dieser Fluchtversuch aussah, das hat vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags der Zeuge Richterberger, der derselben Schupoabteilung wie der Angeklagte angehört hat, am 28. Oktober folgendermaßen beschrieben: Während eines Haltens des Transports mußte M. vom Weg auf einen Acker gehen. Weil gerade ein paar Telegraphenarbeiter vorbeikamen, wurde M. wieder zurückgerufen. Man wartete dann, bis die Arbeiter vorübergegangen waren, alsdann wurde M. wieder in den Acker geschickt. Kaum war M. ein paar Schritte gegangen, so fiel der tödliche Schuß. Auf die Frage des Vorsitzenden Ruttner, ob M. etwa gelaufen sei, erklärte der Zeuge, dies sei ganz und gar nicht der Fall gewesen. M. sei mit zögernden, langsamen Schritten gegangen.

Man erhält danach ein wunderbares Bild des Gerechtigkeitsfinns der bürgerlichen Geschworenen, die den Täter freisprechen.

Der Nachfolger Jäckels. Der Nachfolger des unabhängigen sächsischen Arbeitsministers Jäckel soll, wie verlautet, Arbeitersekretär Rißau in Dresden werden.

zeremoniell annähert. Der Regere ist längst ein Nebenproblem geworden. Heutzutage ist der Orden antijüdisch, antikatholisch, gegen die Ausländer, und er breitet sich jetzt im Norden und Westen doppelt so schnell aus als im Süden. Wieso hat diese Ausdehnung so schnell und so stark vor sich gehen können? Zunächst dadurch, daß der Orden sich an Vorurteile und Klassenhass wandte. Dann aber verdankt er seine Ausbreitung der Arbeit einer großen Anzahl von Berufsagenten, die eine Betriebsorganisation geschaffen haben und Mitglieder gegen eine Provision von 4 Dollars pro Kopf werben. Ferner besitzt der Orden eine Fabrik, die die Abzeichen herstellt, die bei einem Herstellungspreis von 1,25 Dollar für 6,50 Dollar verkauft werden. Im letzten Jahre haben die Mitgliederbeiträge von zehn Dollars und der Verkauf der Abzeichen wenigstens 5.000.000 Dollars ergeben, wahrscheinlich noch erheblich mehr.

Ku Klux Klan ist also ein gut fundiertes Unternehmen und zahlt keine sündigen Steuer; seinen Mitgliedern macht er sich insofern bezahlt, als sie mit Hilfe terroristischer Mittel sich Konkurrenten und andere Unbequemlichkeiten des Lebens vom Hals schaffen können.

Premierenverhimmelung. Die Uraufführung eines Theaterstückes gilt meist als ein besonderes künstlerisches Ereignis, durch das dieser Bühnenabend über die gewöhnlichen Aufführungen hinausgehoben wird. Die „große Zeit“ der Premieren ist aber noch verhältnismäßig jung. Gewiß hat das Schicksal eines neuen Stückes zu allen Zeiten nicht nur den Verfasser und seine Freunde, sondern auch literarisch interessierte Kreise beschäftigt, so daß sie dem Erscheinen eines Wertes zum ersten Male auf der Bühne besondere Aufmerksamkeit entgegen brachten. Aber das große Theaterpublikum kümmerte sich nicht viel darum, ob ein Stück zum ersten oder zum zweiten Male gegeben wurde. Die sensationelle Spannung und die „große Aufmachung“, die heute die Premieren auszeichnet, ist wohl zuerst in den Tagen der französischen Romantik ins Theaterleben gekommen, als man leidenschaftliche Kämpfe im Parterre um die „neue Kunst“ ausfocht.

Heutzutage ist man nur allzu geneigt, der Uraufführung einen entscheidenden Wert zuzumessen. Die Bühnenleute glauben dies, ein Stück sei erledigt, wenn es bei der Premiere „durchgefallen“ ist, und das große Publikum unterwirft sich bereitwillig dem Urteil einiger weniger, die die „Elite“ der Uraufführung bilden. Ebenso glaubt man, daß bei der Premiere am besten gespielt wird und drängt deshalb zu dieser Aufführung. Diese „Premierenverhimmelung“ ist aber ein recht ungesundes Zeichen, und es erheben sich dagegen schwerwiegende Bedenken, die mehr und mehr dazu führen, sich von diesem Feilsch zu trennen.

Das Publikum, das die Sitze bei der Uraufführung füllt, ist durchaus nicht urteilsfähiger als irgend eine beliebige andere Zuhörerschaft. Außer den verhältnismäßig wenigen „Intellektuellen“, denen man auch nicht immer ein unbefangenes Urteil zusprechen kann, sind es bei den teuren Premierenpreisen fast nur noch „neue Reiche“, in deren Hände das Schicksal eines dramatischen Kunstwerkes gegeben wird. Und daß es da nicht gut aufgehoben ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Es hat sich denn auch in letzter Zeit nicht selten gezeigt, daß die späteren Aufführungen ein viel besseres Verständnis für ein bedeutendes Bühnenwerk zutage

Hergt prophezeit.

Hergt prophezeit: „Das amerikanische Heer kann nicht fliegen, es kann nicht schwimmen, es wird nicht kommen.“ Das amerikanische Heer kam aber doch. Hergt prophezeit: „Das Kabinett Wirth ist erledigt und muß erledigt bleiben.“ Das Kabinett Wirth war aber nicht erledigt, sondern kam wieder.

Hergt prophezeit Hergt (in einer Verammlung in Frankfurt am Main): „Rathenau ist nur auf Ferienurlaub und wird bald wiederkehren.“ — Da sie Rathenau wiederkehren wünschen, müssen wir diese Prophezeiung als bedenkliches Vorzeichen betrachten.

Der Kappistenanwalt.

Dr. Vöttger macht gutes Wetter.

Der Verteidiger Wangerheims, Rechtsanwalt Ernst Vöttger, erklärt eine lange Erklärung über die Vertagung des Kappistenprozesses, in der sehr viele Fragen berührt werden, nur die entscheidende nicht: ob nämlich Ehrhardt und Genossen durch ihren Verteidiger im Oktober dieses Jahres ihr Angebot, sich selber zu stellen, erneuert haben, oder ob es sich, wie sie jetzt behaupten, um ein hervorgeholtes Angebot aus dem vorigen Jahre handelt. Das ist das einzige, worüber uns Aufklärung nötig scheint, und zwar durch den Verteidiger Ehrhardts.

Somit dient die Erklärung des Rechtsanwalts Vöttger weniger der Verteidigung seiner Klienten als des Reichsgerichts. Er, Vöttger, habe es für seine Pflicht gehalten, einige Presseäußerungen, in denen den Richtern persönliche und politische Motive unterstellt werden, dem Oberrelationsanwalt zur Kenntnis zu bringen, mit dem Anheimgeben, die Klage wegen Verleumdung von Mitgliedern des Reichsgerichts gegen die in Frage kommenden Blätter einzuziehen.

In der Anwaltsprache nennt man so etwas „gutes Wetter machen“. Im Volksmunde hat man für die Handlungsweise des Dr. Vöttger auch noch eine andere, kräftigere Bezeichnung, die wir hier nicht anwenden wollen.

Dolchstoßbeleuchtung.

Wien, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Der General Kerschmayer hat eine militärische Arbeit erscheinen lassen, die das Märchen vom Dolchstoß von hinten gründlich widerlegt. Da wird u. a. ein Generalstabesbericht an das Armeekommando von Ende September 1918 angeführt, in dem es heißt: „Der Kräftezustand der Truppen ist entsprechend der Verpflegung im allgemeinen mittelmäßig, bei einzelnen Truppenkörpern ausgesprochen schwach. Bei einer Division ist das Durchschnittsgewicht des Mannes infolge der Unterehrnährung 50 Kilogramm. Jeder Mann besitzt höchstens eine Garnitur Wäsche, es kommen Fälle vor, wo nicht einmal eine volle Garnitur vorhanden ist.“

Französische Partei und Block der Linken.

Paris, 1. November. (CC.) Der französische Sozialistkongress setzte heute seine Besprechungen über die innere Politik der Partei fort. Der Delegierte für Elsaß-Lothringen, Georges Weiss, der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete, trat für die Schaffung eines Blockes der Linken ein. Renaudel äußerte sich im gleichen Sinne. Er formulierte eine Tagesordnung, auf deren Grundlage die republikanischen Demokraten zu einem Einvernehmen gelangen können und das als Schlagwort für den nächsten Parteitag dienen könnte. Da aber der Zeitpunkt dieser Wahlen noch ferne liegt, will Renaudel keine bestimmten Grundzüge darüber aufstellen, damit keine vorläufigen Entscheidungen getroffen werden können.

Amerikaner werden verringert. Chamberlain erklärte im Unterhause, daß die amerikanische Regierung der britischen Regierung ihre Absicht mitgeteilt habe, die Stärke des amerikanischen Besatzungsheeres am Rhein herabzusetzen. Chamberlain fügte hinzu, über die Frage, ob es notwendig werden würde, diese Truppen zu ersetzen, sei bisher noch nichts entschieden worden.

treten stehen und doch man erst aus der Haltung späterer Zuhörerfreie einen richtigen Maßstab für den Erfolg des Stückes gemann. Es wird auch durchaus nicht immer bei den Premieren am besten gespielt. Gewöhnlich wird der Schauspieler immer enger mit der Rolle zusammenwachsen, je öfter er sie gibt, und, wenn er von dem Mitgehen eines verständigen Publikums unterstützt wird, bei späteren Aufführungen sein Bestes leisten, wie auch das Zusammenspiel dann mehr und mehr gewinnt.

Bühne, Podium und Schulsaal. In Abänderung früherer Bestimmungen hat der Preussische Wohlfahrtsminister zugleich im Namen des Ministers des Innern einen neuen Erlaß herausgegeben, der für Veranstalter von Theateraufführungen, öffentlichen Versammlungen usw. von Wichtigkeit ist. Wir entnehmen ihm folgendes:

In einem öffentlichen Versammlungsraum dürfen bisher auf einem Bühnenpodium andere als Gesangs- oder deklamatorische Vorträge oder Schauspielungen unter Mitwirkung von mehr als vier Personen nicht dargeboten werden. Hiernach sind also in einem öffentlichen Versammlungsraum mit Bühnenpodium, wenn er nicht den an Theater zu stellenden polizeilichen Anforderungen entspricht, alle Varietévorstellungen mit mehr als vier Personen, sowie alle dramatischen Handlungen, also auch Einakter, Operetten usw. unzulässig. Wird nun in einem öffentlichen Versammlungsraum von der Aufführung eines Bühnenpodiums abgesehen und nur ein offenes Vortragspodium ohne jede bühnenmäßige Ausstattung benützt, so unterliegt eine derartige Anlage nicht den Anforderungen und Beschränkungen der genannten Polizeiverordnung. Es können daher in Sälen, die nicht den Anforderungen an Theater entsprechen, derartige Darbietungen zugelassen werden, wenn nur ein einfaches, offenes Vortragspodium ohne jede bühnenmäßige Ausstattung verwendet wird.

Die bisherigen Vorschriften enthielten also eine Lücke, die durch die Begriffsbestimmung in der neuen Abänderung der Verordnung ausgefüllt werden soll. Es werden in diesen neuen Bestimmungen eingehende Vorschriften über die Umfassungswände und Decke des Podiums, über seinen Fußboden, seine Grundfläche, Ausstattung und Beleuchtung gegeben. Des weiteren wird, um Gefahren aus der in immer weiterem Umfange stattfindenden Verbindung von Schulsälen für öffentliche Darbietungen auszuschließen, die Hergabe dieser Räume nunmehr von einer besonderen baupolizeilichen Genehmigung der Polizeibehörde abhängig gemacht.

Wir wollen hoffen, daß dieser neue Erlaß nicht dazu benutzt wird, die Hergabe von Schulsälen für öffentliche Veranstaltungen zu verweigern. Bei dem heute herrschenden Saalmanget wäre das namentlich für Berlin unerträglich. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb Schulsäle, in denen sich Hunderte von Kindern versammeln dürfen, für andere öffentliche Veranstaltungen gefährdend sein sollen.

„Mogeln“ mit drahtloser Telegraphie. Marconi, der Erfinder der drahtlosen Telegraphie, hat jetzt erfahren müssen, daß er sogar von einem Schulschüler auf seinem Gebiet noch etwas lernen kann, und er hat diese Tatsache so rücksichtslos erkannt, daß er den Schüler zu einem Mitarbeiter machte.

Der schlaue Junge ist, wie Mailänder Blätter erzählen, denen wir die Verantwortung für die Geschichte überlassen müssen, ein

Majestätisch donauabwärts.

Budapest, 1. November. (W.B.) Karl und Zita wurden heute vormittag von einer Entente-Kommission von Lihany nach Duna-Földvár begleitet, stiegen hier an Bord des englischen Monitors Glowworm, welcher sofort die Reise nach Galatz antrat. Die ungarische Regierung richtete an die Entente das Ersuchen, dem König während der Reise die einer Majestät gebührende Behandlung zuteil werden zu lassen.

Budapest, 1. November. (W.B.) Wie die Blätter melden, fuhren vor und hinter dem Sonderzug, der Karl zu dem englischen Kanonenboot zu bringen hatte, mit Militär besetzte Sonderzüge. Die Züge hielten bei der Donaubrücke zwischen Batsafel und Baja. Der „König“ stieg sodann in einen Wagen, der ihn zu dem englischen Kanonenboot „Glowworm“ brachte. Die ganze Umgebung war von Militär stark besetzt. Dem „Fester Lloyd“ zufolge hatte eine förmliche Uebergabe des „Königs“ an die Entente nicht stattgefunden; die Regierung sei gar nicht in die Lage gekommen, den „König“ der Entente zu übergeben, da diese in Lihany bereits selbst durch einige höhere Offiziere die Bewachung besorgt hatte.

Legationssekretär Baron Borowiczyn, der Karl auf seinem Fluge von der Schweiz nach Ungarn begleitete, ist verhaftet und in das Gefängnis des Budapest-Verkehrsgerichts gebracht worden.

Bern, 1. November. (W.B.) Wie hier bekannt wird, hat die Umgebung des früheren Kaisers Karl die Aufenthaltsbewilligung in Lugemburg erhalten.

Die Große Entente mit der Kleinen solidarisch.

Paris, 1. November. (W.B.) Die Botschafterkonferenz beschloß, daß in Budapest Schritte getan werden sollen, um die schon am 4. Februar des vorigen und 5. April dieses Jahres geforderte Absetzung aller Habsburger zu verlangen und daß in den Hauptstädten der Kleinen Entente von dieser Entscheidung Kenntnis gegeben werden soll zugleich mit dem Ratsschlage, die Sorge, den Frieden in Mitteleuropa auf Grund der Friedensverträge zu gewährleisten, den Alliierten zu überlassen.

Prag, 1. November. (W.B.) Das tschechoslowakische Press-bureau meldet: Sonntag abend haben die Entente-Gesandten dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch die Ergebnisse der Verhandlungen der Botschafterkonferenz betreffend den Standpunkt der Kleinen Entente zu den Ereignissen in Ungarn vorgelegt. Den Staaten der Kleinen Entente ist mitgeteilt worden, die Botschafterkonferenz habe den Standpunkt der Kleinen Entente vollkommen in dem Sinne anerkannt, daß die Thronentsagung auf die ganze Habsburger Dynastie auszudehnen sei und daß König Karl aus Ungarn ausgewiesen und den Großmächten übergeben werde. Die Botschafterkonferenz stellt weiter fest, daß der Frieden von Trianon in jedem Falle durchgeführt werden wird. Der dritte Punkt der Forderung wird von den verbündeten Mächten gleichfalls in vollem Maße anerkannt.

Die verbündeten Mächte sind auch damit einverstanden, daß die Staaten der Kleinen Entente gemäß den Bestimmungen der Friedensverträge an der Entwaffnungsaktion mitwirken. Die Form dieser Mitarbeit wird genau nach dem Wortlaut und den Vorschriften des Friedensvertrags von Trianon bestimmt werden. Die verbündeten Mächte sind der Meinung, daß unter diesen Umständen kein Grund zu einer militärischen Aktion vorhanden ist und verlangen, daß sich die Kleine Entente dem Wunsch der Botschafterkonferenz anschleße und danach ihr weiteres Vorgehen einrichte.

Die tschechoslowakische Regierung hat im Einvernehmen mit der jugoslawischen und der rumänischen Regierung festgestellt, daß es notwendig sei, alle diese Verhandlungen im Interesse der Wahrung des Friedens noch zu Ende zu führen, namentlich bezüglich des weiteren Vorgehens der ungarischen Regierung und der ungarischen gesetzgebenden Körperschaften Vorkehrungen zu treffen, damit die endgültige Regelung dieser schwierigen Frage nicht hinausgeschoben werde, und daß die Regierungen der Kleinen Entente so schnell als möglich mit den Vorbereitungen aller außerordentlichen Vorkehrungen beginnen können. Es bleibt abzuwarten, wie Ungarn die An-

Sohn des Commandatore Stringher, des Generaldirektors der Banca d'Italia. Er hat eine neue Methode ausfindig gemacht, um seinen Mitschülern während der Schulprüfungen zu helfen und er bediente sich bei diesem „Mogeln“ der drahtlosen Telegraphie. Er konstruierte zwei kleine Apparate, einen für den Anführer der Schulungen und den anderen für einen Lehrer, den man gewonnen hatte und der während der Prüfungen „vorsagte“. Der Trick kam heraus, weil die Lehrer sich wunderten, daß die bis dahin recht schlechten Leistungen der Klasse plötzlich ganz vorzüglich wurden. Der junge Erfinder wurde daraufhin von Marconi aufgefordert, ihm seine Apparate vorzuführen, und Marconi erkannte, daß damit einige wichtige Verbesserungen für die drahtlose Telegraphie geschaffen waren. Er sicherte sich daher den hoffnungsvollen Mogler als Mitarbeiter.

Napoleons Kapitulation vor einem Hunde. Kuriose, in Vergeffenheit geratene Einzelheiten vom Hochzeitstag Napoleons und der Josephine Beauharnais frisst der „Cassaro“ in der Erinnerung auf. Am Nachmittag des Tags der Ziviltrauung war alles verammelt, mit Ausnahme des Bräutigams, den man seit zwei Stunden erwartete. Endlich kam er an und ging im Sturmschritt auf den Standesbeamten Beckercq los, der über dem langen Worten eingeschlagen war. Napoleon schüttelte ihn kräftig mit den Worten: „Munter, Herr Bürgermeister, geben Sie uns rasch zusammen!“ Das war nun leichter gesagt, als getan, denn Beckercq mußte sich feufzend überzeugen, daß die Heiratspapiere gar nicht in Ordnung waren. Nach den Akten sollte Napoleon am 5. Februar 1768 in Paris geboren sein, achtzehn Monate vor seinem wirklichen Geburtsstag, während Josephine sich ihrerseits wieder um vier Jahre jünger gemacht hatte. Auch der Zivilstand der Zeugen war ungenau angegeben.

Nachdem das feierliche „Ja“ endlich gesprochen war, eilte das Ehepaar mit den Zeugen rasch von dannen und Napoleon und Josephine benachteiligten sich nach ihrer kleinen aber elegant eingerichteten Wohnung. Beim Eintreten in das Schlafzimmer erlebte Napoleon das erste Vergnügen in seinem Eheleben, da er, der die Hunde grimmig haßte, Josephines Lieblingshund „Fortuné“ auf dem Kopfkissen des Bettes liegen sah. „Der anädige Herr“, erzählte er einige Tage später mit einem grimmigen Seitenblick auf den Hund, entrißte einem Freunde, „hatte es sich auf dem Kopfkissen meiner Frau bequem gemacht; ich wollte ihn davonjagen, Josephine aber erklärte mir kategorisch, daß ich mit dem Hunde das Bett teilen oder mir anderswo eine Kanerstatt suchen müsse. Das ärgerte mich natürlich während, aber die Sache war nicht zu ändern, wenn ich es nicht zum Bruch kommen lassen wollte, und so fügte ich mich dem.“ Der Hund erwiderte übrigens die Antipathie Bonapartes und biß ihn eines Tages in die Wade.

Gmit Leising, der bekannte Berliner Regisseur, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war der Begründer des „Theaters“ während dessen Direktion im Deutschen Theater und im Festspieltheater und leitete kurze Zeit die Volksbühne am Skolimplatz. Zuletzt wirkte er an kleineren Bühnen.

Im Leising-Museum findet Donnerstag 1/8 ein Grabes-Abend statt.

ordnungen der Botschafterkonferenz durchführen wird; danach wird das weitere Verhalten eingerichtet. Die Verhandlungen über einige Fragen werden demnach fortgesetzt. Es kann aber erklärt werden, daß im Prinzip ein grundsätzliches Einvernehmen in allen wirklich wichtigen Fragen erzielt wurde und daß das weitere Vorgehen der Kleinen Entente vollkommen im Einklange mit den Dispositionen der verbündeten Mächte stehen wird. Die tschechoslowakische Regierung wird die Entwicklung der weiteren Ereignisse auf das wachsamste verfolgen und alles tun, damit der Friede gewahrt werde und Ungarn allen Verpflichtungen Genüge leiste.

Paris, 1. November. (W.B.) Wie der „Temps“ erklärt, erschien heute der tschechoslowakische Gesandte in Paris, Dusky, am Quai d'Orsay und gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Botschafterkonferenz von Ungarn die Absetzung der ganzen habsburgischen Dynastie forderte und eine wirksamere Kontrolle der Abrüstung Ungarns durchzuführen wolle. Zur Frage der Erstattung der Mobilisierungskosten der Kleinen Entente legte Dusky dar, daß diesem Verlangen der Tschechoslowakei stattgegeben werden müsse. Der „Temps“ hält diese Forderung für gerechtfertigt und schreibt, man müsse Ungarn beweisen, daß es ein ähnliches Abenteuer nicht ungestraft und ohne Kosten wieder beginnen könne.

Italienisch-kenalistisches Abkommen.

Konstantinopel, 1. November. (W.B.) Nach einer Meldung der Anatolischen Agentur ist in Angora der italienische Sondergesandte Rozetti eingetroffen. Nach dem Blatt „Terzichuman“ steht die Ankunft Rozetti in Angora mit dem bevorstehenden Abschluß eines italienisch-kenalistischen Abkommens im Zusammenhang. Als Hauptbedingungen dieses Abkommens bezeichnet das Blatt folgende Punkte: Italienische Garantie für die Integrität der Türkei, Revision der Kapitulationen, italienische Neutralität im griechisch-türkischen Krieg und Verzicht Italiens auf seine Einflüsse. Der kenalistische Gesandte in Rom, Djamy Beh, habe die Grundlage zu diesem Abkommen gelegt.

Das italienisch-russische Handelsabkommen mit den übrigen Friedens- und Freundschaftsverträgen steht nach dem „Messaggero“ vor der Unterzeichnung.

Die Ausweisung der Antisowjetisten. Saminkow nebst acht anderen Ausgewiesenen verließen am Sonnabend und Sonntag Warschau und sind nach Prag abgereist. Ihre Abreise konnte erst stattfinden, nachdem die Führer der Sejmparteien beim Außenminister Stirkum interviert hatten, der auf der Ausweisung nach Danzig bestehen wollte. Die große Debatte über diese Frage in der Sejmkommission für Auswärtiges schloß mit einem mittelbaren Tadelvotum für Dombki, den Autor des Abkommens mit dem Sowjetvertreter Karachan, das als eine Demütigung Polens betrachtet wird. — Die Warschauer Vertreter Sowjetrußlands und der Sowjetukraine, Karachan und Schumski, haben in einer Note gegen einen angeblich von polnischer Seite unterstützten Einfall ukrainischer Formationen bei Husjatyn an der sowjetukrainischen Grenze protestiert. Dieser Zwischenfall sei ein neuer Hinderungsgrund für die Erfüllung der im Rigaer Vertrage übernommenen Verpflichtungen Sowjetrußlands, womit soeben nach der erfolgten Ausweisung der antisowjetischen Führer aus Polen begonnen werden sollte.

Deutschsterreichs Entwaffnung. Laut amtlicher Wiener Meldung hat die Republik bis zum 1. Oktober 1921 ausgeliefert oder zerstört: 4144 Gewehre, 15 772 Munitionswagen usw., 8878 Minen- und Bombenwerfer, 5318 Maschinengewehre, 445 956 Infanteriewehre, 22 951 Pistolen und Revolver, 1 629 112 Seitengewehre, 3 408 893 Artilleriegranaten, 31 122 200 Gewehr- und Maschinengewehrpatronen, 15 646 490 Pistolen- und Revolverpatronen, 5 615 600 Gewehrteile, 26 Baggons Sprengstoffe, 77 723 Meter Zündschnur, 1 393 Flugzeuge, 3290 Flugzeugmotoren, 15 000 Wagnete und Instrumente, 2500 Flugzeugmaschinengewehre. — Wieviel davon hat die Entente geortet?

Die Konferenz von Porto-Rosa, die die verschiedenen Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie unter oberhöchster Ententeleitung an einen Verhandlungstisch zusammenbringen soll, ist nun doch eröffnet worden und wählte den italienischen Delegierten Avezzana zum Präsidenten, den Franzosen Patout zum Vizepräsidenten. In der ersten Sitzung wurden die erforderlichen Kommissionen gebildet und das Gesuch des Freistaates Rumänien, zu der Konferenz hinzugezogen zu werden, besprochen.

Strafanträge im Militäruchprozess.

In dem Kölner Strafprozess gegen die Lieferanten des englischen Militäruchs für die Schutzpolizei ergriff am Dienstag, dem 17. Sitzungstage, der Staatsanwalt Hermanns als Anklagevertreter das Wort zu seinem Plädoyer. Es sind zwar noch einige Zeugen zu vernehmen, die aber erst am Mittwoch eintreffen können und deshalb im Einverständnis mit allen Prozessbeteiligten zwischen dem Plädoyer vernommen werden sollten. Nach Staatsanwalt Hermanns stellt sich das erste Geschäft folgendermaßen dar: Das Ministerium hat 76,3 Millionen Mark bezahlt, die von dem Konsortium an die englischen Lieferanten gezahlten Pfunde haben dieses 34,2 Millionen Mark gekostet. Der

Bruttogewinn des Konsortiums betrug 42 Millionen Mark.

Ob dieser Gewinn ein übermäßiger war, wird im Zusammenhang mit dem zweiten Geschäft zu erörtern sein. (Hier unterdrück Staatsanwalt Hermanns seine Rede.)

Staatsanwalt Reugebauer ergänzte diese Ausführungen unter dem Gesichtspunkt der Kapitalflucht. Im Falle Trobets kann der Staatsanwalt die Anklage wegen Kapitalflucht aus objektiven — nicht, wie er ausdrücklich betont, subjektiven — Gründen nach der Beweisaufnahme nicht begründen, und beantragt Freisprechung von diesem Anklagepunkt. Die Absicht der Kapitalflucht sei zweifellos vorhanden gewesen. Aber objektiv lasse sich die strafbare Handlung nicht nachweisen. Nachdem die Angeklagten Buchergewinne eingehemst hatten, haben sie es fertig bekommen, das Reich und zum Teil ihr Vaterland zu betrügen. Strafrechtlich seien die Angeklagten nicht zu fassen. Die

Läden des Gefeches

lassen die verwerfliche Handlungsweise strafrechtlich nicht verfolgen. Das preussische Ministerium ist nicht von jeder Schuld freizusprechen, da es in seiner Unersahrenheit das Akkreditiv im Ausland zahlbar machen ließ.

Der als Koch bei Cleland angestellt gewesene Mitangeklagte Bläser sei der Begünstigung schuldig. Er habe eine ehrlose Gesinnung bewiesen, indem er einem Engländer half, sein eigenes Vaterland zu betrügen. Dasselbe gelte von der Ehefrau Cleland, die von Geburt eine Deutsche sei. Cleland selbst habe einen Buchergewinn ins Ausland verschoben und auf eine Gemeinheit eine andere gesetzt.

Der Staatsanwalt beantragt wegen der ehrlosen Gesinnung Gefängnisstrafe, und zwar gegen Bläser einen Monat Gefängnis, gegen Frau Cleland sechs Wochen Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe, gegen Dr. Cleland drei Monate Gefängnis sowie 50 000 Mark Geldstrafe, ferner die Einziehung der in Frage kommenden Vermögenswerte von 60 000 und 132 000 Mark.

Regierungsrat Grünbaum vom Landesfinanzamt schließt sich diesen Anträgen an, hält aber bei Bläser zwei Wochen Gefängnis für ausreichend.

Mittwoch früh wird Staatsanwalt Hermanns sein Plädoyer beenden, der übrige Teil der Mittwochssitzung wird durch das Plädoyer des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Alsberg (Berlin) ausgefüllt.

Wirtschaft

Die Leistungen der Eisenbahnen.

Die Kartoffelnot wird vielfach auf den Wagenmangel zurückgeführt. Das Reichsverkehrsministerium antwortet darauf mit der Bekanntgabe folgender Zahlen, die die Verkehrsleistungen der Eisenbahnen in den letzten Monaten spiegeln.

An gedeckten Güterwagen (zu 10 Tonnen) für alle Güter:

	im August		im September	
	insgesamt	arbeitsmäßig	insgesamt	arbeitsmäßig
1920	1 180 415	45 401	1 252 178	48 172
1921	1 365 412	50 571	1 387 101	53 850

An offenen Güterwagen (zu 10 Tonnen) für alle Güter:

	im August		im September	
	insgesamt	arbeitsmäßig	insgesamt	arbeitsmäßig
1920	2 097 676	80 680	2 178 148	83 775
1921	2 228 868	82 551	2 210 157	85 006

Die Zahl der gestellten Wagen ist in diesen beiden Monaten für die Ernährung gestiegen.

Für Getreide und Futtermittel sind an gedeckten Wagen gestellt worden:

	im August		im September		Oktober
	insgesamt	arbeitsmäßig	insgesamt	arbeitsmäßig	
1920	51 182	20 232	49 232	20 096	
1921	74 738	30 622	80 622	31 983	
	Zunahme 46 Proz.		75 Proz.		105,2 Proz.

Für Düngemittel sind an gedeckten Wagen gestellt worden:

	im August		im September		Oktober
	insgesamt	arbeitsmäßig	insgesamt	arbeitsmäßig	
1920	50 891	48 264	48 264	20 982	
1921	65 386	71 090	71 090	46 380	
	Zunahme 28 Proz.		47,3 Proz.		121 Proz.

Für Kartoffeln sind an gedeckten Wagen gestellt worden:

	im August		im September		Oktober
	insgesamt	arbeitsmäßig	insgesamt	arbeitsmäßig	
1921	42 376	65 297	65 297	106 710	

Die genauen Vergleichszahlen des Jahres 1920 für das ganze Reich sind nicht vorhanden. Im August und September war die Wagenanzahl um rund 14 Proz. niedriger als im Vorjahre infolge der starken Steigerung des Getreide- und Düngemittelverkehrs. Neben dem Kartoffeltransport in Wagenladungen geht aber ein überaus starker Stückgutverkauf von Kartoffeln einher. Auf den Berliner Bahnhöfen sind z. B. in der Woche vom 16. bis 22. Oktober rund 96 000 Zentner Kartoffeln als Stückgut angekommen.

An Wagenachsenkilometern sind im Vergleich zum Vorjahre geleistet worden:

	im Personenverkehr (in Tausenden von Achskilometern)		1921
	1920	gegen 1920	
April	457 140	615 960	
Mai	527 454	648 301	
Juni	582 810	695 829	
Juli	631 749	734 284	
April-Juli	2 198 653	2 694 454	
		gegen 1920	+ 22,6 %

	im Güterverkehr (in Tausenden von Achskilometern)		1921
	1920	gegen 1920	
April	1 228 764	1 358 568	
Mai	1 378 918	1 108 168	
Juni	1 287 579	1 225 758	
Juli	1 270 319	1 327 782	
	5 055 575	5 020 271	
		gegen 1920	- 35,30 %
			- 0,06 %

Das Abfallen der Zahlen des Güterverkehrs im Mai und Juni ist die Folge des Fortfalls der oberdeutschen Kohlentransporte wegen des Polenauflandes sowie der wiederholt herbeigehobenen, stark verkehrshemmend wirkenden Sanktionen im Westen.

Die außerordentliche Erhöhung des Wagenbedarfs für Getreide erklärt sich aus dem Rückgang der Wassertransporte infolge des Wasserstiefes der schiffbaren Flüsse. Weitere Ursachen für den starken Wagenbedarf sind einmal das Bestreben, im Angesicht der Feuerung sich möglichst rasch einzudecken, zum anderen die bevorstehende Karlsruherhöhung. Daß es unter solchen Umständen selbst der bestorganisierten Verkehrsverwaltung verlagern muß, zumal der Wagenbedarf der Industrie verhältnismäßig ist, liegt auf der Hand. Die Tatsache, daß die Zahl der für Kartoffeltransporte angeforderten Wagen weit hinter dem Bedarf zurückblieb, was jetzt durch Abhilfemaßnahmen gemildert wurde, wird auch dadurch verständlich, daß in der Regel bei starkem Wagenmangel bedeutend mehr Wagen angefordert werden als tatsächlich benötigt sind.

Neuer Schiffsahrtverkehr. Der Norddeutsche Lloyd teilt uns mit, daß er ab heute den Schiffsahrtendienst mit eigenen Schiffen nach Ostafrika wieder aufnimmt. Der Dienst geht von Hamburg und Bremen über Rotterdam, nach Singapur, Hongkong, Schanghai, Kobe und Yokohama. Da außerdem auch die Dampfer der gemeinsam mit dem Norddeutschen Lloyd arbeitenden Hamburg-Amerika-Linie und der den Lloyd vertretenden Reedereien Alfred Holt u. Co., Liverpool, Ulsterman und Bucknall Steamship Company-London und Hippon Jufen-Kaisha regelmäßig Bremen anlaufen, bietet sich künftig bei den sich aneinanderschließenden Abfahrten der Dampfer hervorragende Verschiffungsgelegenheit vom Bremen nach ostasiatischen Häfen.

Ausverkauf an der deutsch-dänischen Grenze. Der dänische Staatsminister erhielt von den Organisationen der dänischen Industrie und des dänischen Handwerks die Aufforderung zu Maßnahmen aus Anlaß der abnormen Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die dänischen Handwerker in Nordschleswig infolge des starken Falls der deutschen Mark ermüdet werden. Die nordschleswigsche Bevölkerung laufe nicht nur neue Handwerkszeugnisse an der südlichen Grenze zu Preisen, mit denen von dänischer Seite nicht konkurriert werden kann, sondern allgemein würden auch Reparaturen an der deutschen Handwerker vergeblich. Schuhwerk werde fast ausschließlich zur Reparatur über die Südgrenze geschafft.

AGB. — Mly u. Genest. Die AGB, die in letzter Zeit eine ganze Reihe anderer Industrieunternehmen sich durch Interessengemeinschaft oder Beteiligung angegliedert hat, beabsichtigt jetzt auch eine starke Beteiligung an der Aktiengesellschaft Mly u. Genest, Telephon- und Telegraphenwerke, da sich die Fabrikation dieser beiden Unternehmen auf dem Gebiet der Schwachstromanlagen ergänzt. Interessant ist die Durchführung dieser Beteiligung. Die AGB hat noch von ihrer letzten Kapitalaufnahme bei den Berliner Elektrizitätswerken 20 Millionen Mk. in Aktien liegend. Nun bieten die Aktien der AGB zum Umtausch mit Mly u. Genest-Aktien an. Beabsichtigt ist auf diese Art und Weise, 12,6 bis 15 Millionen Mark des Aktienkapitals von Mly u. Genest, das 25,2 Millionen Mark beträgt, an die AGB zu bringen.

125 Proz. Ausschüttungen in Form einer Dividende von 25 Proz. und eines Bonus von 100 Proz. verteilt die Rorges Hammer Maschinenfabrik in Braunschweig und klagt dabei noch über wirtschaftliche Schwierigkeiten, die den Geschäftsgang erschweren!

Gegen die Stilllegung von Reichsbetrieben.

Vom Zentralbetriebsrat der Werke Spandau und Haselhorst erhalten wir zu der drohenden Stilllegung einiger Abteilungen der „Deutschen Werke“ folgende Darstellung:

Der Botschafterrat hat unter Würdigung der Tatsache, daß in den ehemaligen Heereswerkstätten mit der Umstellung auf Friedensartikel der Anfang bereits gemacht war und unter der ausdrücklichen Bedingung, daß kein Kriegsmaterial hergestellt werden dürfe, am 10. Februar 1920 durch eine Note an die deutsche Regierung das Weiterarbeiten in diesen Betrieben gestattet. Wenn auch nach Artikel 109 des Friedensvertrages von Versailles alle für die Anfertigung von Kriegsgewehr bestimmt gewesen Anlagen, Werkzeuge und Maschinen zu zerstören waren, hat jedoch die deutsche Regierung es erreicht, daß die früheren Heeres- und Marinebetriebe unter besonderen Bedingungen weitergeführt werden konnten.

Vor ganz kurzer Zeit hat die Arbeitervertretung des Werkes Spandau und Haselhorst in Würdigung der oben angegebenen Bedingungen es abgelehnt, selbst nur Kleinmengen anzufertigen. Nachdem nun im fortwährenden Konkurrenzkampf mit der übrigen Industrie es gelungen ist, brauchbare und preiswerte Fabrikate auf den Markt zu bringen, kommt die Interalliierte Militärkontrollkommission her und verlangt:

1. daß in den Fabriken Haselhorst und Erfurt die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen spätestens am 1. April 1922 endgültig einzustellen ist. Die Einrichtung der beiden Werkstätten ist unter ständiger Aufsicht der Interalliierten Militärkontrollkommission und den zuständigen Distriktskommissionen vorgezogen worden. Millionen von Mark sind für die Herstellung der Schnitte, Stangen, Gelenke usw. verausgabt worden. Jetzt, nachdem wir endlich so weit sind, daß wir Massenfabrikate, an die selbst die berühmte belgische Waffenindustrie nicht heranreicht, herstellen, will man mit einem Schlag die Existenz von mehr als 5000 Arbeitern und Angestellten, um einer lächerlichen Furcht willen, vernichten; denn die Einstellung der Fabrikation der Jagdgewehre, Leuchtschuß usw. bedeutet die Schließung der Werke Haselhorst und Erfurt. Spezialmaschinen und Anlagen, die irgendwie zur Herstellung von Infanterie- oder Maschinengewehren hätten verwendet werden können, sind unter der persönlichen Aufsicht der Offiziere der Interalliierten Militärkontrollkommission zerstört worden.

2. Im Werk Spandau wird der geplante Bau eines neuen Walzwerkes, das für die Rentabilität und Weiterführung des Werkes unbedingt notwendig ist und zum Ersatz der gänzlich veralteten Anlagen dienen sollte, verboten. Ebenso der Bau von neuen Generatoren und Defen im Hüttenwerk.

Wird dieses Verbot aufrechterhalten, dann werden weiter etwa 6000 Arbeiter und Angestellte in ihrer Existenz bedroht.

3. Das Werk Wolfgang, in dem mit Zustimmung der Distriktskommission Frankfurt a. M. die Fabrikation von Kollodiumwolle und Kunstleder wie Reparaturen für die Eisenbahn aufgenommen worden sind, soll am 31. Oktober 1921 geschlossen und alle Anlagen und Maschinen zerstört oder zerstreut werden.

Das Werk Wolfgang soll dem Erdboden gleichgemacht werden. Für die Umstellung und Zerstörung wurden bisher 9 687 693,15 M. verausgabt. Diese Summe allein läßt schon erkennen, daß die Fabrikstellungen den Wünschen der Interalliierten Militärkontrollkommission bisher nachgegeben sind.

Die Entente hätte 50 Tonnen Schießwolle zur Umarbeitung für Filnwolle freigegeben. An dieses Material werden ganz außerordentlich hohe Anforderungen gestellt in bezug auf Durchsichtigkeit, Farblosigkeit, Reinheit, Biegsamkeit und Beständigkeit. Die uns von der Generaldirektion mitgeteilt wurde, ist es nach sehr langen, umfangreichen, arbeit- und geldverschlingenden Versuchen gelungen, auch hier einwandfreie Ware herzustellen zur Zufriedenheit der Abnehmer.

Zur Herstellung von Kunstleder wurden von der Entente 150 Tonnen amerikanisches Pulver freigegeben. Das Pulver wurde,

nachdem es im Einverständnis mit der Entente durch Vermahlen für ballistische Zwecke unbrauchbar gemacht worden war, nun uns künstlich erworben. Auch diese Fabrikation kam in Fluß. Jetzt plötzlich verlangt die Interalliierte Militärkontrollkommission, die Rohmaterialien sollen bis zum 15. Oktober d. J. verbrannt werden, das sind die 50 Tonnen Schießwolle und die 150 Tonnen Pulver.

Die Gebäude müssen bis auf den Grund abgerissen, die elektrischen und Dampfleitungen herausgerissen werden, selbst die unterirdische Kanalisation sei zu zertrümmern. Auf eine Frage des Betriebsrates, was mit dem Gelände denn angefangen werden soll, erklärte der Herr der Interalliierten Militärkontrollkommission:

„Ja, Sie können ja dann Kartoffeln pflanzen.“

Früher bis zum 30. November 1921 verlängert. Aber nicht nur in Wolfgang verlangt man die Niederlegung der Gebäude, sondern auch im Werk Haselhorst sollen 12 Gebäude bis auf den Grund heruntergerissen und sämtliche Böhlabbeiter von allen Gebäuden des ehemaligen Feuerwerkslaboratoriums müssen abmontiert werden. Wenn man derartige Verfügungen liest, so muß man sich doch fragen, sind denn die Mitglieder der Interalliierten Militärkontrollkommission aller Vernunft bar oder was ist mit ihnen los? Wir, deutsche Sozialisten und Republikaner, sind willens, die uns durch den Friedensvertrag von Versailles auferlegten Bedingungen zu erfüllen, und dazu bedarf es der Entfaltung aller unserer Kräfte. Wir wollen arbeiten, um unseren Verpflichtungen der Entente gegenüber nachzukommen, müssen aber verlangen, daß wir von keiner Seite daran gehindert werden. Es geht um die Existenz von 40 000 Arbeitern und Angestellten. Die Betriebsräte und Belegschaften der Deutschen Werke A.-G. sind gewillt und in der Lage, jedwede Anfertigung von Heeresgerät und Munition zu verhindern. Am Anfang dieses Jahres, ein großer Teil der Belegschaft arbeitete nur 24 Stunden, verlangte man unsere Zustimmung zur Herstellung von Dieselmotoren. Wir haben es abgelehnt, uns an Kulturzeugnissen, die mit dem Kriege nichts zu tun haben, zu vergreifen. Unsere Belegschaft war mit uns einverstanden, trotz der Arbeitsnot, die in unseren Werken herrschte. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, es geht hier nicht nur um die 10 000 Arbeiter der Werke Spandau, Haselhorst, Erfurt und Wolfgang, läßt die Arbeiterschaft der vier Werke das Angebrochte zu, dann kommen die übrigen Teile der Deutschen Werke A.-G. an die Reihe, und wenn diese erledigt sind, diejenigen Werke der Industrie, die auch nur einen kleinen Teil mit Heereslieferungen zu tun hatten.

Also unser Kampf ist auch euer Kampf!

Die Arbeiterschaft der Deutschen Werke A.-G. lehnt es ab, den Anordnungen der Interalliierten Militärkontrollkommission Folge zu leisten. Die Kammergesundheit der Arbeiter der Deutschen Werke A.-G. ist zu Ende. Der Generaldirektion und den Werkdirektionen sagen wir, daß die gesamte Arbeiterschaft, gleichgültig welcher politischen Richtung wir angehören, geschlossen hinter ihnen stehen, um den Vorstoß der Interalliierten Militärkontrollkommission abzuwehren.

Protest in Hanau

Die Betriebsversammlung des Werkes Wolfgang in Hanau hat erklärt, daß sie die Forderung auf Zerstörung der Betriebe und Maschinen nicht erfüllen werde. Man könnte die Arbeiterschaft nur mit Gewalt aus den Werken treiben. Die Entschließung sagt unter anderem: „Die Schließung ist um so unverständlicher und in keiner Weise mit den Bedingungen des Alliiertenvertrages in Einklang zu bringen, als die Arbeiterschaft alles daran setzt, um das Werk zu dem zu machen, was bei Gründung der Deutschen Werke zum Ziel gesetzt wurde, nämlich zu einer Stätte der Arbeit, in der nicht wie früher Produkte zur Vernichtung von Menschenleben und Gütern hergestellt, sondern im Interesse des

ganzen Volkes und darüber hinaus im Interesse der gesamten Weltwirtschaft Werte geschaffen werden, die für den täglichen Bedarf der deutschen Industrie und des Handels bestimmt sind.“

Wenn nötig, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt zu appellieren.

Die Reichswerke A.-G. haben bisher insgesamt 37 Millionen Mark an Löhnen ausbezahlt für Zerstörung von Bauwerken, Maschinen und Material der Reichswerke, wie sie von der Entente immer erneut bis auf den heutigen Tag gefordert worden ist. Diese bisherigen Ausgaben, in denen nicht der Wert des zerstörten Materials enthalten ist, sondern die nur die Löhne darstellen, beziffern sich für das Werk Wolfgang auf 10 Millionen Mark, für das Werk Spandau auf 4-5 Millionen, Kassel auf 1,3 Millionen und Siegburg 2,8 Millionen Mark.

„Deutsche Werke“ und Sozialisierung.

Unser Münchener Korrespondent schreibt uns: Als die Nationalversammlung zu Beginn des Jahres 1921 beschloß, daß die ehemaligen Heeresbetriebe nicht an die Privatindustrie verkauft, sondern für Rechnung des Reiches auf Friedens-erzeugung umgestellt und fortbetrieben werden sollten, da hat sie einen wichtigen Schritt zur Herausbildung leistungsfähiger Formen einer gemeinwirtschaftlichen Betriebsführung getan.

Es war nämlich von vornherein klar, daß eine Weiterführung der Werke nur möglich sei bei völliger Aenderung ihrer Organisation. Man gelangte dazu, die Betriebe aus dem Rahmen der allgemeinen staatlichen Verwaltung ganz herauszunehmen. Es wurde ihnen die äußere Form einer Aktiengesellschaft gegeben, aber das gesamte Aktienkapital blieb in den Händen des Reiches, so daß aller Gewinn der Gesamtheit zufließt. Auch die letzten Entscheidungen, die sonst der Generalversammlung der Aktionäre zustehen, werden hier nicht von privatkapitalistischen Interessenten, sondern von Reichsorganen getroffen. Die Deutschen Werke A.-G. stellen also eine

Verstufe eines sozialisierten Betriebes

dar. Damit ist freilich nicht gesagt, daß nun jeder Sozialist die Betriebsverhältnisse der Deutschen Werke als Ideal betrachten möchte. Zu ungenügend waren die Bedingungen, unter denen das Unternehmen begonnen werden mußte, als daß man heute schon befriedigende Ergebnisse erwarten dürfte.

Die Beschäftigung des Münchener Werks durch die Presse am 28. Oktober und eine gelegentliche Besprechung mit den Betriebsräten des Werkes hat ergeben, daß hier in München in den ehemaligen Artilleriewerkstätten zähe Arbeit geleistet worden ist, die bedeutungsvoll ist nicht allein für die Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft, nicht allein für die Erhaltung einer Beschäftigungsmöglichkeit unserer in den ehemaligen Heereswerkstätten beschäftigten Genossen, sondern auch für die Bewirkung einer Produktionsform, die, in der Werkstatt, im technischen Bureau und in der Verkaufsabteilung erprobt, unserem Wirtschaftsideal vielleicht mehr vorgeädert hat wie alle hochfliegenden Pläne.

Was da in kurzer Zeit unter den ungünstigsten Bedingungen geschaffen worden ist, die Umstellung eines Betriebes für Fabrikation von Geschützen und Raketen in eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, Möbel und Wirtschaftsgüter sowie für Wagonreparaturen, das konnte nur möglich sein, wenn eine pflichtbewusste Direktion zusammenarbeitet mit einer Arbeiterschaft, die sich nicht lediglich als Arbeitnehmerin, sondern als Teilhaberin und Erbin der Produktionsorganisation betrachtete.

Nun hat die Entente-Kommission die Schließung des Werkes Wolfgang bei Hanau, die Schließung des Werkes Erfurt für Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen, die Einstellung der Sportwaffenfabrikation in Spandau und den Umbau eines Walzwerkes in Spandau verlangt bzw. verboten.

Selbstverständlich sehen wir Sozialisten dieses neue unsinnige Diktat nicht allein vom Standpunkt der berechtigten Empörung über diesen unbedingten Eingriff in eine große deutsche Wirtschaftsorganisation an, sondern wir haben auch die Lebkräfte bloßzulegen, welche diese demütigste schwere Schädigung eines Betriebes verursacht haben, dessen wirtschaftliches Ausblühen ein Dorn im Auge des internationalen Großkapitals ist.

Seit mehr als hundert Jahren haben die von den Deutschen Werken A.-G. übernommenen Betriebe sich auf dem Gebiet der Waffenfabrikation betätigt. Es ist ganz klar, daß sie hierin Vorbildliches leisten können. Es ist ebenso klar, wenigstens für jeden, der von Waffenfabrikation etwas versteht, daß Jagd- und Sportgewehre zu Kriegszwecken niemals in Betracht kommen können. Es ist ebenso klar, daß nach dem Verbot der Entente an die „Deutschen

49]

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Vielleicht konnte der Oberlehrer helfen und raten. Aber er war jetzt nicht zu Hause. Sie hatte ihn gleich aufgesucht, als sie kam, um ein Viertelstündchen mit ihm zu plaudern, der ihr wie ein lieber, alter Freund war.

Es klingelte leise und vorsichtig. Fräulein öffnete das kleine Schiebefenster. Draußen stand ein kleiner, magerer, anscheinend verwachsener, älterer Mann. Mit übertriebener Demut zog er den Hut. „Ist Herr Hermann Görke zu sprechen?“

Fräulein wußte gleich, wer es war. „Sind Sie Herr César Justiz?“

„Zu dienen, gnädiges Fräuleinchen.“

Sie öffnete und ließ ihn eintreten. Er blieb schüchtern an der Türe stehen. Seine Augen suchten umher. „Ist Herr Hermann Görke zu sprechen?“ fragte er noch einmal.

„Rein.“

„Da kann ich ja ein andermal wiederkommen.“ Er sehte den Hut wieder auf. Fräulein sah deutsch: die Krampe war fettig und abgegriffen.

„Herr Hermann Görke ist jetzt gar nicht in Danzig. Er ist in Joppot.“

Der Besucher lächelte schlau. „Das weiß ich besser. Wenn es sich um gewisse Papierchen handelt, sind die Herren nie zu Hause. Nun, ich kann ja in diesen Tagen nochmal wiederkommen.“

„Was ist denn das für ein Papier, wozu Sie reden?“

„Er sah sie prüfend an. „Sind Sie das Fräulein Schwester von Herrn Görke junior?“

„Rein. Ich bin hier angestellt.“

„So, so. Nun, dann wird Sie das ja auch gar nicht interessieren.“

Fräulein zuckte verlegen die Achseln. „Sie kommen aber ganz unsonst wieder hierher.“

„Ach sehe ihn jeden Tag in der Stadt,“ sagte er mit seiner schleppenden, schleichen Stimme. „Nun, er weiß jetzt ja, daß ich zweimal hier war. Und mehr wie dreimal kommt

César Justiz nicht zu den Herren. Nein, mehr nicht.“ Und in diesem Augenblicke bekam sein demütiger Blick etwas Offenes, Böses. Er war wie der Blick einer Schlange. Fräulein fuhr zusammen unter dem Blick.

Mit bescheidenem Gruß entfernte sich Herr César Justiz.

Wenige Minuten später folgte ihm Fräulein. Sie schalt sich, daß sie ihn nicht dabehalten und ausgefragt hätte. Sie mußte über diese Dinge Bescheid bekommen, die so fremd und drohend waren und so häßlich geheimnisvoll. Aber wie sie sich auch umbläute, der kleine alte Mann war ihr entschwinden. Wie konnte er mit seinem schweren schlürfenden Schritt ihr nur entgangen sein? Die Straße zur Linken war menschenleer; hier hätte sie ihn sehen müssen. So ging sie denn den Altstädtischen Graben entlang, über den Dominikanerplatz dem Jahrmarkt zu, der mit laut gellender Stimme immer deutlicher herüberfahnte.

Ja, man brauchte den Dominik nicht zu suchen, er brüllte so laut, daß man ihm nicht enttrinnen konnte. Kein Mensch aus der Stadt entran ihm. Wellen von Lärm und Geschlächer überschwemmten und beläuteten Fräulein. Auf Minuten vergah sie ganz, warum sie hier umherging.

Vom Heumarkt her ließ sich Oberlehrer Sanders von dem Lärm und Strom mittragen. Kinder und Völker muß man beim Spiel beobachten, dachte er; ach, wie hat sich bei beiden doch das Spiel verändert!

Der Dominik war nicht mehr das, was er in früheren Jahren, in seinen Kinderjahren, gewesen. Er hatte seine Raubtät und Kindlichkeit verloren. Man spannte keine Turmselle mehr und sang keine Bänkelsängerlieder. Die romantischen Gaukler, Zauberkünstler, Feiler, Akrobaten waren längst geschäftstüchtige Artisten geworden, die etwas auf sich hielten und in ihren Fachblättern infortierten. Mergstich sah die Stadt auf Feuergefahr und etwaige Störung der öffentlichen Ordnung. Die langen Buden — eine riesige überdachte Holz- bude, in der sich die Käufer um die bunten Lustigen drängten — waren verschwunden. Die Schuhmannschaft stand geschwollen vor Autorität, nervös von dem Gedanken an die vielen Marktgesetze, die hier übertreten werden konnten. Nein, die Gemütlichkeit der alten Zeit war verschwunden.

Aber es war wohl noch mehr verschwunden: Das Publikum verlangte mehr, als was sich einst materisch auf holperigem

Pflaster hatte aufbauen und sehen lassen. Es war anspruchs- voller geworden. Die Buden mußten eine gewisse Eleganz aufweisen, und wenn es auch nur ein Vorhang aus Glas- perlen war. Es verlangte elektrisches Licht und rümpfte die Nase über die bescheidenen, stinkenden Petroleumlampen der alten Aussteller.

Große Wachsfigurenkabinette hatten eigene Trompeter und Trommler, eine ganze Kapelle, die forsche Märsche oder sentimentale Schmalzlieder spielte. Die Artisten mußten gut angezogen sein. Die Riesendame, die Dame ohne Unterleib, das Meerweib und die Regen- und Feuerschlucker standen sonst einer skeptischen Zuhörerschaft gegenüber. Die Budel und die Kesseln mußten auf geschmücktem Podium auftreten, oder man schimpfte über den Dittchen, den der Besuch kostete. Und die Karussells hatten ihre Pferde mit faustgroßen „Edesteinen“ geschmückt. Bunte große Bilder prangten am Mittelbau, und ein elektrisches Orchester spielte aus der neuesten Berliner Operette. Der alte, längst altmodisch gewordene Leierkasten, der einst von einbeinigen Invaliden gedreht ward, kam nicht dagegen auf. Auch die Karussells waren eigentlich nicht mehr recht modern. Man ließ lieber zu den Berg- und Talbahnen, zu der Luftschaukel, der russischen Schaukel, wo es sich angenehm gruseln und aufregen ließ. Alles mußte nach etwas aussehen und etwas kosten, wenn man sich amüsieren wollte. Die Anpruchslosigkeit der alten Zeit, die darin doch wohl die gute gewesen, war verschwunden.

Und Oberlehrer Sanders wandte sich dem bescheidenen Teil des Dominiks an seiner Peripherie zu. Da, wo die Sechser und Dittchengenüsse blühten.

An einer rot verhangenen Bude, wo man Thorner Honig- tuchen, Katharinen und Steinpflaster verkaufte, sah Fräulein den alten Mann plötzlich wieder vor sich.

Er kaufte ein kleines Bäckchen, und Fräulein hörte deut- lich, wie er Pfennig um Pfennig abzuhandeln suchte, bis das dicke Verkaufsmädchen böse wurde und ihn fragte, ob er „dmatsch“ sel.

Mit schlaudem Bäcklein steckte er das Bäckchen in seine Ueberzieberiasche und ging weiter. Als Fräulein ihn anreden wollte, sehte ihr doch der Hut. Unschlüssig ging sie eine Weile hinter ihm her.

(Fortf. folgt.)

